Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 543. Sonntag den 23. October 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In der Angelegenheit, den Raubanfall auf den Geldbriefträger in der Königsstraße betr., ist am 21. dieses Monats eine Anzeige, II. 8. unterzeichnet, mittels eingeschriebenen Briefs dem Polizeiamte hier zugegangen, in welcher der Anzeigerstatter die Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Person lenkt, die er kurz vor der That in der Nürnberger Straße nach der Königsstraße zu habe gehen sehen. Nachdem inzwischen sich ergeben hat, daß diese Mittheilung für die Untersuchung von Werth sein und eine nähere Auskunftsertheilung den Gang der letzteren wesentlich fördern kann, wird der Schreiber dieser Anzeige hiermit aufgefordert, sich ungesäumt an Bureaustelle der Königlichen Staatsanwaltschaft, Harkortstraße 11, I., zu melden.

Dabei wird gleichzeitig bekannt gegeben, daß außer der bereits ausgesetzten Belohnung von Einhundert Mark auch die Kaiserliche Ober-Postdirection eine Belohnung von

Zweihundert Mark

für denjenigen ausgesetzt hat, durch dessen Hilfe die Ergreifung der Verbrecher gelingt.

Leipzig, am 22. October 1892.

Königliche Staatsanwaltschaft.
Nagel.

Die **Sitzung der Stadtverordneten** fällt in dieser Woche aus.

Leipzig, den 23. October 1892.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Dr. Schill.

Bekanntmachung,

die Zählung leerstehender Wohnungen betr.

Wie alljährlich, soll auch in diesem Jahre am 1. November eine Zählung leerstehender Wohnungen und Geschäftslocale durch unser statistisches Amt vorgenommen werden.

Wir fordern demgemäß die Herren Hausbesitzer und Hausverwalter auf, die ihnen zugehenden Formulare vollständig und richtig ausfüllen und zur Wiederabholung nach 3 Tagen bereit zu halten.

Leipzig, den 21. October 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
A. A. 1492. Dr. Georgi. Dr. Hase.

Gesucht

wird der am 4. November 1852 in Annaburg geborene Handelsmann **Carl August Schildt,**
welcher zur Fürsorge für seine Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, den 20. October 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt Abth. II.
A. R. II, 16332. Hentschel. Mr.

Bekanntmachung,

die Anmeldung zur Kirchenvorstandswahl in der Thomaskirchgemeinde betreffend.

Nach §. 17 der Kirchenvorstands- und Synodalordnung findet demnächst eine Ergänzungswahl des Thomaskirchenvorstandes statt.

Stimmberechtigt sind alle selbstständigen, in dem Thomaskirchspiel wohnhaften Hausväter (Haushaltungsvorstände) evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentlich, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind, sowie derer, welchen durch Beschluß der Kircheninspection die kirchlichen Ehrenrechte entzogen worden sind.

Alle, welche ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben sich entweder mündlich oder schriftlich anzumelden.

Mündliche Anmeldungen werden in der

Sakristei der Thomaskirche

Mittwoch, den 26., und **Donnerstag, den 27. October,** unterbrochen von **Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr** entgegengenommen.

Schriftliche Anmeldungen mit genauer Angabe
1) des Vor- und Zunamens, 2) des Standes oder Gewerbes, 3) des Geburtstages und -Jahres, 4) der Wohnung

können von heute an **bis zum 27. October, Nachmittags 4 Uhr,** in der **Thomas-Kirchenexpedition,** Thomaskirchhof 23, **am 26. und 27. October auch in der Sakristei der Thomaskirche** abgegeben werden.

Zum Thomaskirchspiel gehören nachstehende Straßen bez. Straßentheile und Plätze:

Alter Annathof, Barfußgäßchen Nr. 1—11, Bauhofstraße Nr. 1 bis 7, 2—8, Beethovenstraße, Brüderstraße Nr. 1—23, 2—28, Kleine Burgstraße, Burgstraße, Carl Tauchnitzstraße von der Promenade bis zur Moserstraße, Centralstraße, Dorotheenplatz Nr. 1, 4 und 5, Dorotheenstraße, Elsterstraße Nr. 2—48, Erdmannstraße Nr. 1—17, Ferdinand Rhedestraße von der Carl Tauchnitzstraße bis zur Moserstraße, Kleine Fleischergasse von Nr. 1—7, Frankfurter Straße Nr. 13—23, Gottschedstraße, Grassistraße von der Carl Tauchnitz- bis zur Moserstraße, Grimmaische Straße Nr. 2—18, Harkortstraße, Hartelstraße Nr. 2—18, Jahnstraße, Klostergasse, Königsplatz, Kramerstraße, Kurprinzstraße, Lampestraße Nr. 1 und 2, Leplaystraße, Lessingstraße Nr. 1—29, Liebigstraße Nr. 1—11, Markt Nr. 10—17, Marschallstr., Moserstr. rechte Seite von der Simsonstraße und Wilhelm Seyfferthstraße aus, Moritzstraße, Mühlgasse, Münzgasse Nr. 2—28, Neumarkt Nr. 2—40, Nürnberger Straße Nr. 26—54, Ostmarkt, Petershofgäßchen, Petersstraße, Petersstraßenweg Nr. 1—15, 2—8, Petersstraße, An der Pleiße, Poniatowskistraße, Preußergäßchen, Promenadenstraße Nr. 1—21, 2—24, Roßplatz Nr. 1—11, Roßstraße Nr. 2—22, Rudolphstraße Nr. 3—7, 2—8, Schillerstraße Nr. 1—3, Schloßgasse, Schulstraße, Schwägrichenstraße, von der Beethovenstraße bis zur Moserstraße, Simsonstraße Nr. 1, Sporergäßchen, Sternwartenstraße Nr. 1—47, 2—22, Thomasgäßchen, Thomaskirchhof, Thomasschule (Hillerstraße 6—10, Schrederstr. 9), Thomasiusstraße Nr. 9—17, 8—24, Turnerstraße Nr. 1—25, 2—20, Ulrichsgasse, Wächterstraße, Weststraße Nr. 1—15, 4—10 und das Wärterhäuschen im Johannapark Kat. C, Nr. 57, Wilhelm Seyfferthstraße, Windmühlenstraße Nr. 1—39, 2—24, Zimmerstraße.

Die stimmberechtigten Glieder der Thomaskirchgemeinde fordern wir hierdurch dringend auf, sich an der bevorstehenden Wahl recht zahlreich zu betheiligen und zu diesem Zwecke ihre Anmeldung in einer der gedachten Arten rechtzeitig zu bewirken.

Leipzig, den 23. October 1892.

Der Wahlausschuß für die Kirchenvorstandswahl der Thomaskirchgemeinde.
D. Baur, Vorsitzender.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des Bahnhofs und der Harthwaldung schön gelegen, hat billig zu verkaufen

Der Stadtrath zu Zwenkau.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können in unserem Meldeamte, Bachstraße 5,

am 24. und 25. dieses Monats

in Abtheilung I. Buchstabe A.—L. (für bleibende Einwohner) nur dringliche Geschäfte erledigt werden.

Leipzig, am 19. October 1892.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. R. 8732. Bretschneider. Horstmann.

Zur Lage.

Es lastet der Druck der Ungewißheit über das Kommende auf dem gesammten politischen Leben. Was die Regierungen und das Volk der europäischen Großmächte wollen, liegt klar zu Tage, und wo es nicht der Fall zu sein scheint, ist die Unklarheit künstlich herbeigeführt. Am stärksten leidet augenscheinlich Deutschland unter der Ungunst der Verhältnisse, welche Schweigen über Das zu empfehlen scheint, was Alle bewegt und beschäftigt. Graf Caprivi hat bei Ueberreichung der Militairvorlage im Bundesrathe eine große Rede gehalten, für welche den Hörern unbedingtes Schweigen zur Pflicht gemacht worden ist. Wir haben bisher vergeblich auf irgend eine zuverlässige Kundgebung von amtlicher Seite über die Stellungnahme der preußischen Regierung zu den Beschlüssen der Mainzer Katholikenversammlung gewartet, sie ist nicht erfolgt. Dagegen hat eine Erklärung des Professors Harnack über das evangelische Glaubensbekenntniß tiefe Erregung in orthodoxen Kreisen hervorgerufen, die gesammte übrige evangelische Welt drückt Harnack ihre Zustimmung darüber aus, daß der persönlichen Auffassung aller auf Wunder gegründeten Lehren volle Bewegungsfreiheit zu lassen ist. Bisher ist kein Schritt geschehen, der wie ein Ketzergericht gedeutet werden könnte, aber man hat auch nicht von amtlicher Seite für Harnack Partei ergriffen. Aller Augen sind auf die Feier zur Einweihung der wiederhergestellten Schloßkirche in Wittenberg am 31. October gerichtet, weil bei diesem Anlaß der König von Preußen und deutsche Kaiser als Oberhaupt der evangelischen Kirche in Deutschland eine Rede halten wird, die hoffentlich die zukünftige Stellung der beiden Confessionen zu einander genau feststellen und die Grundsätze bezeichnen wird, nach welchen sich das schwierige Verhältniß regeln soll. Wir bedürfen einer solchen Klarstellung von autoritativer Seite um so mehr, als unser Parteileben unter der beherrschenden Position, welche das Centrum im preußischen und bayerischen Landtage wie im deutschen Reichstage einnimmt, schwer leidet, so daß allmälig das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten schwindet und eine Verdrossenheit und ein Mißmuth Platz greifen, die stets den Anfang des Niederganges der Völker bedeutet haben. Wir bedürfen einer Erhebung unseres protestantischen Bewußtseins, wenn wir nicht den Untergrund unseres nationalen Daseins verlieren wollen, wir können uns nicht immer und immer wieder auf den kalten Zweckmäßigkeits-Standpunct des parlamentarischen Lebens stellen, wenn wir nicht unsere idealen Güter darüber einbüßen sollen. Seit dem Jahre 1879 sind alle Vorlagen der Regierung in Preußen und im Reiche nur mit Rücksicht auf die Centrumspartei ausgearbeitet worden; man hat ihr Zugeständnisse über Zugeständnisse gemacht, um die Bewilligung der für die Staats- und Reichsausgaben nöthigen Mittel zu erlangen, die Volksvertretung ist in Folge desselben Strebens allmälig fast ganz aus einer Volksvertretung zu einer Interessenvertretung herabgesunken. Wir haben nur noch Parteien, welche die landwirthschaftlichen, die industriellen, die kirchlichen und die socialen Interessen vertreten, aber Fragen, die das ganze Volk in seinem Lebensnerv treffen, kommen im Parlament kaum noch zum Austrage, sondern außerhalb dieses Kreises. Die Universitäten, die Städte, der liberale Gedanke haben dem preußischen Volksschulgesetzentwurf den Todesstoß versetzt, im Parlament selbst ist die Entscheidung nicht gefallen.

Wir haben stets der Meinung Beifall gezollt, daß zuerst das Leben sichergestellt sein muß, bevor die übrigen berechtigten Forderungen erfüllt werden können, aber wie gestaltet sich die Sache, wenn die Anforderungen, welche zur Sicherstellung des Lebens erhoben werden, so groß sind, daß darüber die Lust am Leben verloren geht, daß die Sorge um die Herbeischaffung des täglichen Brodes alle anderen Empfindungen in den Hintergrund drängt? Wenn es erst so weit gekommen ist, daß selbst die bestgesinnten nationalen Kreise sich einer neuen Militairvorlage von vornherein ablehnend gegenüberstellen, wie es bei der jetzt dem Bundesrathe vorliegenden der Fall ist, dann muß bereits die Grenze überschritten sein, die für alles menschliche Thun gezogen ist. Deutschland ist ein armes Land im Vergleich mit Frankreich, aber auch in Frankreich werden bereits die ungeheuren Militairlasten als drückend empfunden, und in Folge dessen werden die Colonial-Angelegenheiten in einer Weise vernachlässigt, wie man es nicht für möglich halten sollte. Das stolze Frankreich demüthigt sich vor den Hovas auf Madagaskar, es schlägt sich mit chinesischen „Piraten" in Tonkin herum, ohne dadurch seinen Besitzstand im Lande zu befestigen, es eröffnet einen regelrechten Krieg gegen das Königreich Dahomey, um nach mehrwöchigen Kämpfen zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß es den Kampf mit unzureichenden Streitkräften unternommen hat.

Wir wissen ganz genau, aus welchem Grunde die Vermehrung des deutschen Heeres an maßgebender Stelle für nöthig erachtet wird, es ist derselbe Grund, der dem Kriegsminister v. Verdy zu Vernois die Worte in den Mund legte: „Die Lage ist ernst, sehr ernst." Es war schon damals allgemein bekannt, daß die französische Armee der deutschen an Zahl der Soldaten nicht unbedeutend überlegen ist. Seitdem sind mehrere Jahre vergangen, in welchen sich das Zahlenverhältniß noch weiter zu Deutschlands Ungunsten verschoben haben mag, aber es müssen noch andere Gründe hinzutreten, die an maßgebender Stelle den Entschluß zur Reife gebracht haben, daß nunmehr das höchste Maß der militairischen Leistungsfähigkeit zur That werden müsse.

Graf Caprivi hat diese Gründe im Bundesrathe entwickelt, und es gehört keine besondere Prophetengabe dazu, um sie an der Hand der Thatsachen, wenn auch in anderer Form und in anderer Reihenfolge, aufzuzählen. Die Annäherung Rußlands an Frankreich, welche in dem Kronstädter Flottenbesuch und vielen anderen Kundgebungen, besonders von französischer Seite, Ausdruck gefunden hat, ist offenbar eine sehr ernste Thatsache, die sich nicht durch die Bemerkung abfertigen läßt, daß dadurch das europäische Gleichgewicht wieder hergestellt werden sollte. Die Politik, welche Rußland in Bulgarien verfolgt, in Verbindung mit den diplomatischen Schritten, die es in Konstantinopel unternommen hat, um den Sultan gleichsam zur Rede zu stellen über die Freundlichkeiten, die er Stambulow erwiesen, ist gewiß nicht leicht zu nehmen, sondern deutet vielmehr unzweifelhaft darauf hin, daß Rußland seine alten Pläne mit größerer Beharrlichkeit weiter verfolgt. Man könnte auch noch hinzufügen, daß Griechenland sich vor Abbruch der Beziehungen zu Rumänien über diesen Schritt mit Rußland verständigt hat, um zu zeigen, daß Rußland keine Gelegenheit unbenutzt läßt, seinen Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu stärken.

Das alles sind Gründe, um die deutsche Wehrkraft zu größter Leistungsfähigkeit zu entwickeln, aber sie reichen nicht hin, um einen inneren Zwiespalt zu hegen und zu einer dauernden Einrichtung zu machen, die dem deutschen Wesen fremd und für das protestantische Deutschland im höchsten Grade verletzend und unerträglich ist. Wir wollen ein Deutschland, das die Kraft besitzt, sich seiner äußeren Feinde zu erwehren, aber wir wollen die Bereitstellung der letzten Mittel zur höchsten Entfaltung der Wehrfähigkeit nicht um den Preis der geistigen Abhängigkeit von einer herrschsüchtigen Geistlichkeit, die niemals ihren Zweck erreichen kann, sondern stets an der Gleichgiltigkeit der Schüler ein unüberwindliches Hinderniß für ihre Belehrungsversuche finden wird. Die Hilfe, welche uns die Geistlichkeit im Kampfe gegen den Socialismus bringen kann, ist gering, denn sie kann das Leben nicht in andere Bahnen leiten, als in denen es sich naturgemäß bewegt. Wenn der von zelotischen Geistlichen geleitete Schüler die Schule verläßt und auf die Straße hinaustritt, dann wirkt der Pulsschlag des wirklichen Lebens, wie die Verhältnisse es gestalten, auf ihn ein; in der Familie wird er auch nur in den seltensten Fällen die Bestätigung der Lehren antreffen, die ihm in der Schule von geistlicher Seite eingeflößt worden sind, und so muß die ganze, mit so viel Mühe und unnöthiger Aufregung ins Werk gesetzte Bewegung an dem Widerspruch zwischen den Wünschen der Geistlichkeit und den Anforderungen der Zeit scheitern.

*

Deutsches Reich.

ss. **Berlin,** 22. October. Selbst die Harmlosen, die sich bis zur Stunde die Existenz eines Fortschrittsringes in der Berliner Gemeindeverwaltung haben ausreden lassen, werden jetzt die Täuschung gewahr, denn der Ring droht sich zu lösen oder doch zu lockern, und das dabei verursachte Geräusch dringt an Jedermanns Ohr. Es wiederholt sich eine oft beobachtete Erscheinung. Noch eben in den Fällen Duncker, Streck, Weber und Löwel zeigte sich die terroristische Kraft des Ringes in ihrer größten Stärke und Rücksichtslosigkeit, aber mit diesen „Erfolgen" hat er offenbar seinen Höhepunct überschritten, und die auf einmal zum allgemeinen Erstaunen laut werdende Kritik aus dem deutschfreisinnigen Lager trübt zum Theil gerade an die jüngsten Kraftproben an. Die unter der geheimen Oberleitung des Herrn Eugen Richter agirenden Communalpyramen erfahren plötzlich ganz ernsthafte Opposition. Ihre letzten Stücke waren allerdings auch sehr stark, namentlich die Hetze gegen Streck und der Fall Löwel. In der letzteren Angelegenheit gestattete sich die herrschende Clique eine Herausforderung der öffentlichen Meinung, wie sie selten erlebt worden ist. Der Deutschfreisinnige Löwel hatte bemängelt, daß etlichen städtischen Kohlenlieferanten der Betrag der zu stellenden Caution hinaufgesetzt wurde, während bei anderen Lieferanten die bisherigen Cautionen als genügend erachtet und von einer sehr großen Firma sogar gar keine Caution verlangt worden ist. Der Deutschfreisinnige Löwel fand dies nicht vollkommen correct und besonders bedenklich deshalb, weil — seiner Meinung nach sicher mit Unrecht — sich im Publicum die Ansicht von der Bevorzugung jüdischer Lieferanten bilden könnte. Der Stadtrath Mamroth, der die Entscheidung über die Cautionen zu treffen hat, ist nämlich Jude, die begünstigten Lieferanten sind es gleichfalls, und der Mann, von dem man eine beträchtlich höhere Caution verlangte, ist Christ. Herr Löwel wollte nichts weiter als den bösen Schein vermieden wissen, vor dem Verdacht antisemitischer Ansichten mußte ihn schon seine langjährige Zugehörigkeit zur deutschfreisinnigen Partei schützen. Das that aber Alles nichts, der — Christ wurde verbrannt. Herr Löwel wurde förmlich verehrmt und dadurch zum Austritt aus der betreffenden Deputation gezwungen. Herr Mamroth wurde unmittelbar nach dem Vorfall zum Vorsitzenden einer weiteren Deputation gewählt, wodurch seine Machtbefugniß, gerade in geschäftlichen Dingen, eine außerordentliche Erweiterung erfahren hat. Solchem Verfahren gegenüber reicht die Milch frommer Denkungsart selbst bei Leuten nicht aus, welche sich bisher durch erstaunliche Lammesgeduld über einen reichlichen Besitz jenes den Regierenden so angenehmen Saftes ausgewiesen haben. Das Murren ist bereits so laut geworden, daß der Hochmögende sich genöthigt sieht, in seiner „Freis. Ztg." von einem Communal-Reptil Beschwichtigungsartikel schreiben zu lassen — ein höchst seltener Fall. Der Unmuth über die Affaire Löwel wiegt jedoch federleicht gegen die offene Kriegserklärung, die das „Berliner Tageblatt" an die regierende Clique ergehen läßt. Das Blatt des Herrn Mosse ist politisch zwar vollkommen einflußlos und bedeutungslos, aber auf communalem Gebiete liegt die Sache anders, und der völlige Frontwechsel, den es in dem „Götterdämmerung im Rothen Hause" überschriebenen Artikel vornimmt, schließt jeden Zweifel daran aus, daß Herr Mosse den Boden genügend vorbereitet für seinen überraschenden Schritt befunden hat. Ueberraschend deshalb, weil der Artikel mit einer an dieser Stelle niemals erlebten Freimüthigkeit geschrieben ist. Es wird nicht nur die Existenz eines Ringes, von „Cliquen und Coterien" zugestanden, sondern — wo ist die Parteikunte, Herr Richter? — eingeräumt, daß bei der Cliquenbildung und Cliquenpolitik das deutschfreisinnige Partei-Interesse maßgebend ist. „Wir sind doch", so lautet der Tadel über die geübte Behandlung der Partei als Selbstzweck, „wir sind doch nicht freisinnig, um freisinnig zu sein, sondern weil wir glauben, daß die Wohlfahrt des Volkes bei der freisinnigen Partei am besten aufgehoben ist." Folgt die Feststellung, daß dieser Glaube in Bezug auf die Berliner Stadtverordneten-Versammlung getrogen hat, daß dort vielmehr ein „Schlendrian" eingerissen ist. Das ist aber lange noch nicht Alles. Der Artikel giebt zu, daß der verstorbene Herr v. Forckenbeck, weil er selbst eine redliche Natur gewesen, keinen Blick für das Streberthum hatte, das sich an ihn drängte. „Daher gelang es kleineren Geistern in der Stadtverordnetenversammlung, zu Einfluß zu gelangen, welche in ihrer Selbstüberschätzung sich für Götter halten und keine anderen neben sich dulden." Mit dieser Selbstüberschätzung geht das deutschfreisinnige Blatt nun fürchterlich ins Gericht. Wir brauchen nicht weiter zu citiren, denn das „Leipz. Tagebl." hat die Kraftstellen des „B. T." über den „communalen Chauvinismus, der keine selbstständige Meinung anerkennt und in jeder Kritik einen Verrath an der guten Sache sieht", über die „Berauschung der Stadtgötter an der ewigen Wiederholung dessen, was Berlin Großes geleistet hat, ohne zu prüfen, ob es auch weiter Großes leiste"; über den eingetretenen „Stillstand", die an Stelle der Sachkunde sich breit machende „öde Routine" mit all ihren schlimmen Folgen, über das Hintertreppenwesen ꝛc. bereits mitgetheilt. Die Endziele dieses Angriffes, der seiner Natur nach weitere nach sich ziehen muß, wird man nicht überschätzen dürfen. Wahrscheinlich sind sie richtig mit dem Worte gekennzeichnet: ne tot, quo sy me metto — höre auf zu mißwirthschaften, damit ich auch einmal mißwirthschaften kann. Aber auf diese Zwecke kommt es nicht so sehr an, als auf den Umstand, daß ein deutschfreisinniges Blatt, das bisher in der Bewerthräucherung der Stadtverwaltung es allen zuvorgethan, irgendwelche Zwecke nicht zu compromittiren befürchten muß, wenn es eine derartige Sprache führt. Der Berliner deutschfreisinnige Ring ist ins Wanken gekommen, und da der communale Terrorismus — trotz der Ableugnung des Herrn Richter — mit der politischen Tyrannis eng verknüpft ist, können die Berliner Vorgänger für die Entwickelung des deutschen Gesammtliberalismus höchst bedeutsam werden.

C. H. **Berlin,** 22. October. Die neue **Militairvorlage soll von der Socialdemokratie als besonderer Agitationsstoff benutzt werden; in den nächsten Tagen sollen** die „Genossen" überall in **Protesten gegen diese Vorlage** ihre Meinung zum Ausdrucke bringen. In Süddeutschland entfaltet in dieser Hinsicht die Socialdemokratie eine ganz außerordentlich lebendige Agitation; am Montag werden sowohl von Vollmar in München, als auch Grillenberger in Nürnberg über das gleichlautende Thema: „Die neue Militair-Vorlage und die abermalige Belastung des Volkes" sprechen. Auch die Frauen sollen gegen die neue Militair-Vorlage, so weit es möglich ist, Stimmung machen. Bemerkenswerth ist, daß gerade die „Gleichheit", das socialdemokratische Blatt für die Arbeiterinnen, gegen die Militair-Vorlage einen Artikel bringt, der an Heftigkeit Alles übertrifft, was das Blatt früher geleistet. Es heißt in dem Artikel: „Es ist geradezu ein Verbrechen gegen ihre Interessen und ihre heiligsten Gefühle, wenn die proletarischen Frauen nicht in den Ruf einstimmen: „Für den Militarismus keinen Mann". Wenn Jemand das Recht hat, dem unersättlichen Moloch Militarismus zuzurufen: „Bis hierher und nicht weiter", so sind es die Frauen des Proletariats, so sind es jene Frauen, die Schulter an Schulter mit dem Gatten, dem Sohn, dem Bruder den harten Kampf um eine jammervolle Existenz ringen. Sie vor Allem haben das Recht zu der Erklärung: „Keinen Mann und keinen Groschen!" Und nicht blos das Recht, auch die Pflicht, ihrem Wahrspruch zur Geltung zu verhelfen." Socialdemokratische Agitatoren haben wiederholentlich dieser Tage in Versammlungen erklärt, daß sie bestimmt hoffen, angesichts der Mehrbelastung des Volkes durch die neue Militair-Vorlage mit 3 Millionen Stimmen bei den nächsten Reichstagswahlen aufweisen zu können.

* **Berlin,** 22. October. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers an den Cultusminister, worin er über die Vorkehrungen gegen die Cholera und deren umsichtige und einsichtsvolle Ausführung seine lebhafte Befriedigung ausspricht. Wenn es unter Gottes Beistand gelungen sei, die Choleragefahr erfolgreich zu bekämpfen, so haben die aufopfernden, pflichttreuen und zielbewußten Arbeiten der Behörden und einzelner Beamten dazu wesentlich beigetragen. Allen Betheiligten spricht der Kaiser seinen Dank und seine besonderer Anerkennung aus. — Ferner veröffentlicht der „Reichsanzeiger" die Ernennung des Oberconsistorialpräsidenten von der Goltz zum Vicepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrathes. — Ausländische Blätter, voran der „Figaro" gefallen sich wieder einmal in allerlei Ausstreuungen über einen angeblichen Krankheitszustand des Fürsten Bismarck. Das „Hirsch'sche Tel.-Bureau" hat darüber mit Kreisen, welche directe Beziehungen mit Varzin unterhalten, Rücksprache genommen und versichern, daß sich der Fürst recht wohl befinde. Täglich unternimmt er längere Spaziergänge, liest stundenlang und unterhält sich vielfach mit Personen, denen er auf seinen Spaziergängen begegnet. Der Tod Lothar Bucher's, der sein ganzes Vertrauen besaß, hat ihn allerdings tief getroffen und in ihm eine schwermüthige Stimmung hervorgerufen, der er bisher nie zugänglich gewesen war. Sein sonstiges Befinden ist jedoch sehr zufriedenstellend.

— Der Wagen des Kaisers stieß gestern Nachmittag am Potsdamer Platz mit einem leichten Brauk zusammen, dessen Deichsel den Mantel des Kaisers durchbohrte und seinen Wagen beschädigte. Der Kaiser blieb unverletzt und setzte die Fahrt fort.

— Kaiserin Friedrich hat 50 Guineen zu dem Fonds beigesteuert, welcher bezweckt, zum Andenken an den verstorbenen Sir Morell Mackenzie das von ihm gegründete Hospital für Kehlkopfkranke zu vergrößern.

— Nach dem „Hamburg. Corr." ist für Preußen pro 1893/94 ein Mehr von Matricularumlagen für den Reichshaushalt von 15 Millionen zu erwarten, dem ein entsprechendes Plus bei den Ueberweisungen nicht gegenübersteht.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)